

Mit den Anliegern der Straße sprechen und Kostenverteilung verändern

Straßenbau

Zu Berichten über die umstrittenen Straßenausbaubeiträge in der Trierer Eltzstraße:

Baudezernent Andreas Ludwig malt das Bild einer unfehlbaren Verwaltung. Im Zweifel müssen gesetzliche Vorgaben erhalten, an denen man leider nicht vorbeikomme. Dabei ließe sich manches mit gesundem Menschenverstand, Verantwortungsgefühl (für die unendlichen Verzögerungen) und einer zutreffenden Erfassung der tatsächlichen Gegebenheiten (Art und Nutzung der Straße) einfacher lösen.

Geradezu abenteuerlich ist die

Einordnung der Eltzstraße als „Anliegerstraße mit erhöhtem Durchgangsverkehr“. Noch in der Vorlage 573/2018, mit der im Stadtrat am 4. Dezember 2018 die Kostenerhöhung und -verteilung beschlossen worden sind, galt die zutreffende Einstufung als Hauptverkehrsstraße. Mindestens 90 Prozent des Verkehrs in der Eltzstraße werden nicht durch die Anlieger, sondern andere Nutzer verursacht. Dies wurde dies noch verstärkt durch die Schließung der Apotheke im Ort und den Umzug der beiden Ärztinnen ins Hafengebiet. Immer mehr Pfälzeler Bürger müssen täglich aus medizinischen Gründen den Ortsteil Richtung Ehrang verlassen.

Man kommt dadurch zur Fallgruppe von „ganz überwiegendem Durchgangsverkehr“, bei der die Stadt selbst 70 Prozent der entstehenden Kosten übernehmen sollte. Auch bezüglich der 30 Prozent zu Lasten der Anlieger hätte die Stadt Spielraum nach unten. Durch mutwilliges Hinauszögern der Maßnahme sind Mehrkosten von etwa einer Million Euro entstanden. Diese auf die Anlieger abzuwälzen, erscheint mir in hohem Maße unanständig. Die Verwaltung hält den Zuschuss des Landes zur Baumaßnahme von knapp 700 000 Euro für eine milde Gabe an die Stadtkasse und möchte keine Reduzierung der Umlagesumme zulassen.

Es gibt Hinweise, dass die Kosten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln sind. Auch die oben genannte Vorlage spricht davon, dass die Aufteilung der Beiträge nach den tatsächlich entstandenen Kosten zu erfolgen habe. Damit können ja wohl nur die Aufwendungen der Stadt Trier gemeint sein, die diese nach Abzug des Landeszuschusses auch wirklich wirtschaftlich belasten. Der Stadt wäre zu empfehlen, auf dieser Basis zur Vermeidung vieler Rechtsmittel mit den Anliegern zu sprechen und dem neuen Stadtrat eine andere Kostenverteilung zur Entscheidung vorzulegen.

Hans-Jürgen Wirtz, Trier-Pfalzel